

162/2004

Stuttgart, den 08.06.2004

Grüne wollen Bundesratsinitiative des Landes zum Rußfilter für Diesel-PKW

Kretschmann: Gesundheit der Menschen und Arbeitsplätze der Zulieferindustrie des Landes stehen auf dem Spiel

Die Grünen im Landtag haben die Landesregierung in einem Antrag aufgefordert, mit einer Bundesratsinitiative der Landesregierung ein Förderkonzept für partikelarme Diesel-PKW zu unterstützen, wie es vom Bundesumweltministerium vorgelegt worden ist. Ab 1. Januar 2005 sollen demnach befristete Steuerbefreiungen in Höhe von 600 Euro für Neufahrzeuge eingeführt werden; auch Altfahrzeuge, die durch Nachrüstung den Partikelgrenzwert von 2,5 mg/km einhalten, sollen die gleiche Förderung erhalten.

„Angesichts der jährlich mehr als 10.000 Menschen, die laut Umweltbundesamt aufgrund der Dieselrußemissionen vorzeitig sterben, brauchen wir jetzt ein solches Förderprogramm. Eine einheitliche EU-Norm kommt erst in einigen Jahren. Angesichts der dramatischen Zunahme der Diesel-PKW, die eine zunehmende Umweltbelastung durch Dieselrußpartikel in der Luft verursachen, müssen wir rasch handeln“, so Winfried Kretschmann, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Landtag. Der verkehrspolitische Sprecher der Grünen Boris Palmer sagte: „Für die Automobilregion Stuttgart ist der Rußfilter so wichtig wie der Reifen für das Auto. Der Rußfilter beseitigt das größte Abgasproblem des Automobils und macht es stadtluftverträglich - gerade in Stuttgarts Kessel.“

Für Kretschmann ist das frühzeitige Inkrafttreten eines Förderprogramms für Rußfilter auch aus landes- und wirtschaftspolitischer Sicht bedeutsam: „Hiesige Unternehmen wie Bosch und Eberspächer haben in den letzten Jahren Millionen in die Entwicklung von ent-

sprechenden Russfiltern investiert im Vertrauen darauf, dass ab kommenden Jahr eine steuerliche Förderung der damit ausgestatteten Diesel-PKW erfolgt. Sollte dieser Termin oder das Förderkonzept des Bundesumweltministers Trittin am Widerstand einiger Automobilfirmen scheitern, wäre dies eine erhebliche Bedrohung von Arbeitsplätzen in der baden-württembergischen Zulieferindustrie. Sowohl die Gesundheit von Bürgerinnen und Bürgern als auch zukunftsorientierte Arbeitsplätze stehen bei diesem Projekt auf dem Spiel.“ Und Boris Palmer befürchtet, dass auch die hiesige Autoindustrie massiv Marktanteile verlieren könnte, wenn sie bei Umwelttechnologien so in Rückstand gerät, wie beim Rußfilter gegenüber den Franzosen.

Da das Förderkonzept auch die Nachrüstung von Altfahrzeugen berücksichtigt, ist nicht nur die Industrie, sondern auch das Handwerk betroffen. Das mehrstufige Förderkonzept sieht vor, auch Fahrzeuge gestaffelt zu fördern, die nicht die volle Partikelminderung erreichen können. So lässt sich ein großes Potential erschließen, das weit über die Zahl neu zugelassener Fahrzeuge hinausgeht.

Kretschmann rechnet mit Unterstützung im Landtag und in der Landesregierung. Umwelt- und Verkehrsminister Ullrich Müller habe in der Vergangenheit erkennen lassen, dass er einem Förderkonzept für Rußfilter gegenüber positiv eingestellt ist. Ein Förderkonzept wäre auch sinnvoll, um die deutsche Automobilindustrie nicht noch mehr ins Hintertreffen geraten zu lassen, da andere europäische Hersteller z.B. Frankreich längst Diesel-PKW serienmäßig und ohne Zusatzkosten mit Dieselrußfiltern anbieten. Mit dem befristeten Förderkonzept – Trittins Konzept sieht das Beenden der Steuerbefreiungen am 31.12.2009 vor – wäre eine weitgehende Umstellung der deutschen Diesel-PKW auf einen hohen umweltverträglichen technischen Standard möglich. Für die Finanzierung des geplanten Steuervorteils sieht Kretschmann keine Probleme. Die ständig steigende Zahl von Zulassungen hat zu einer Erhöhung der Einnahmen bei der Kraftfahrzeugsteuer geführt, mit der bei ihrer Einführung niemand gerechnet hatte. Seit 1988 wird mit der Kraftfahrzeugsteuer ein Mineralölsteuerausgleich erhoben, um niedrigere Mineralölssteuer auf Dieselmotoren ausgleichen zu können. Nach Berechnungen des Bundesumweltministeriums reichen die zu erwartenden Mehreinnahmen aus, um die Fördermittel aufzubringen. Eine Steuererhöhung sei nicht erforderlich.